

13.2.21

Umsichtig, besonnen und angemessen handeln

Ausweisung russischer Diplomaten völlig ungerechtfertigt, ohne legitime

Begründung

Die Entscheidung der deutschen und zwei anderer europäischer Regierungen russische Diplomaten auszuweisen, ist völlig ungerechtfertigt, ohne legitime Begründung. Unerhört ist deshalb die Erklärung des Auswärtigen Amtes, die Entscheidung der Regierung in Moskau sei „in keiner Weise gerechtfertigt“ (Meldung von 9.2.21), vor allem nachdem der Kremlsprecher Dmitri Peskow erneut eine Einmischung in inneren Angelegenheiten Russlands untersagt hatte: „Wir beabsichtigen nicht, solchen Erklärungen bezüglich der Anwendung unserer Gesetze gegenüber denen, die sie verletzen, sowie bezüglich der Urteile unseres russischen Gerichts Beachtung zu schenken. Wir sind bereit, diese Themen zu erläutern, aber wir sind nicht bereit, sie mit irgendjemanden zu diskutieren.“ (dpa, 5.2.21) Russische Diplomaten aus EU-Staaten auszuweisen ist gewiss in keiner Weise gerechtfertigt. Das wissen das Auswärtige Amt und das Bundeskanzleramt. Die russischen Diplomaten haben sich immer korrekt in Europa verhalten, mit Respekt gegenüber jedem Land, wo sie akkreditiert sind. Niemals gab es einen Grund, ihnen etwas vorzuwerfen. Immerhin ist es nur eine europäische Minderheit, die so peinlich gegenüber Moskau reagierte, und zwar Deutschland, Schweden und Polen. Die Mehrheit der EU-Staaten haben sich besonnen, anständig und vernünftig verhalten. Also warum ergriff die Regierung Merkel diese willkürliche, hässliche, undiplomatische Entscheidung, die einen Affront gegen Russland bedeutet? Was läuft da im Hintergrund ab? Wovor fürchtet sich die deutsche Regierung? Eines ist doch klar: Gute deutsch-russische Beziehungen sind im Interesse Deutschlands und ganz Europas. Das wissen die Bundeskanzlerin Angela Merkel und jeder deutsche Außenpolitiker.

Härte und entschlossene Zurückweisung die einzige Sprache für arrogante deutsche Regierungsvertreter

Sollten sich deutsche Regierungsmitglieder weiterhin dumm und unverschämt arrogant gegenüber Russland verhalten und weiter Moskau mit Sanktionen belästigen, ist der Kreml bereit, alle diplomatischen Verbindungen mit Berlin und Brüssel zu kappen. So der russische Außenminister Sergej Lawrow am 12.2.21 vollkommen zutreffend. Härte und entschlossene Zurückweisung ist die einzige Sprache für dumme arrogante deutsche Regierungsvertreter, die Recht, Gesetz und diplomatischen Anstand in gravierendem Ausmaß verkennen. Feige bis ins Mark verstecken sich solche dubiosen Figuren vor der deutschen Öffentlichkeit und versuchen mit allen Mitteln, die starke Haltung Russlands nicht groß bekannt werden zu lassen: Weder ZDF-Heute noch ARD-Tagesschau berichteten über die drakonische Äußerung des russischen Außenministers (12.2.21). Auch war keine Reaktion aus dem Kanzleramt zu vernehmen, auch nicht vom deutschen Außenminister Heiko Maas. Verstörte Stummheit in den höchsten Etagen Berlins und bei ihren liebedienerischen Medien! Wie kleinlaut und maulfaul sie angesichts der treffenden Härte Moskaus geworden sind, sagt alles. Peinlicher für Deutschland geht es kaum. Politische Beobachter im Ausland können es kaum glauben!

Bruch Russlands mit Brüssel möglich, falls Brüssel Russlands Wirtschaft schädigt

Hinsichtlich verlängerter und neuer Sanktionen der EU für Russland heißt es aus Moskau:

"Wir wollen uns nicht vom Leben in der Welt isolieren, aber wir müssen darauf vorbereitet sein", sagte Außenminister Sergej Lawrow in einem veröffentlichten Ausschnitt aus einer Sendung des Journalisten Wladimir Solowjow. Auf die Frage, ob man auf einen Bruch mit Brüssel zusteure, antwortete der russische Außenminister: „Sollte Europa erneut Sanktionen verhängen, "die ein Risiko für unsere Wirtschaft darstellen (...), dann ja".

Kremlsprecher Dmitri Peskow ergänzte: "Der Punkt ist, dass wir das nicht wollen. Wir wollen die Beziehungen zur Europäischen Union ausbauen, aber wenn die Europäische Union diesen Weg beschreitet, dann ja, dann sind wir bereit", sagte Peskow.

EU als US-Anhängsel ohne Rolle in der Weltpolitik

Russland braucht Europa nicht, braucht die EU nicht. Unzuverlässig und korrumpiert ist die EU definitiv kein Akteur auf der internationalen Bühne. Als Anhängsel der USA spielt die EU keine Rolle in der Weltpolitik. Die Mehrheit der europäischen Staaten wollen gute Beziehungen mit dem Kreml und Moskau will solche Beziehungen konstruktiv pflegen. Bilaterale Beziehungen können immer gedeihen, gewiss viel besser und ungestört ohne den schädlichen Einfluß Brüssels und Berlins. Die Regierung Russlands arbeitet seit langem an den Aufbau der Eurasischen Union als Gegenmodell zur EU. Dafür hat Präsident Putin entsprechende Abkommen mit China und anderen ostasiatischen Staaten abgeschlossen, um die Eurasische Union bis zum Pazifik auszuweiten. Putin würde dies auch gerne bis zum Atlantik tun, wenn die europäischen Staaten klug genug wären, diese Perspektive zu begreifen. Auf diese Weise könnte eine Region des wirtschaftlichen Aufschwungs von Brest bis Wladiwostok entstehen. Die EU-Mitgliedschaft hat aber die Volkswirtschaften Mittel- und Osteuropas wirtschaftlich massiv geschädigt. Die EU hat sich vielmehr in einen Apparat zur Durchsetzung einer Plünderungs- und Demontagepolitik verwandelt. Ausgerichtet auf eine eurasische Perspektive stünden die ost- und mitteleuropäischen Länder viel besser da, wenn sie sich nicht nach Europa, sondern nach Eurasien orientieren würden.

Untergang Deutschlands und Europas solange in US-amerikanischen Verhältnissen befangen

Die Kanzlerin scheint, die Konnotationen ihrer verfehlten Außenpolitik nicht bemerkt zu haben. Sich in US-amerikanischen Verhältnissen weiter befangen und paralysiert zu geben, führt zum Untergang Deutschlands und Europas im wahrsten Sinne des Wortes. Deutschland verhält sich nicht als demokratischer Rechtsstaat. Im Gegenteil, Berlin ordnet sich dem fremden Kommando der USA unter, gibt damit den eigenen Rechtsstaat auf und missachtet die echten Interessen Deutschlands und Europas.

Das Projekt „North Stream 2“ ist ein wichtiger Teil der konstruktiven Beziehungen Deutschlands zu Russland. Von höchstem deutschen und europäischen Interesse wird sich dieses Projekt weiter entwickeln. Dass der ukrainische Botschafter Andrij Melnyk das nicht verstehen will, ist das bedauerliche Problem Kiews, dessen Regierung seit dem Putsch am 22. Februar 2014 eine Marionette der USA geworden ist. Die Verfassungswidrigkeit der Machtübernahme in Kiew war damals krass offensichtlich. Der US-Botschafter zeigte sich hemmungslos an der Seite einer Anstifterin zu weiterer Destabilisierung der Ukraine. Das zeigt die Falschheit und Monstrosität der US-Außenpolitik. Wurden Parlamentarier mit US-Dollar gekauft? Die Bestechungspraxis der USA und dass sie über gutes Know-How und Erfahrung verfügen, solche Operationen durchzuführen, ist weltweit bekannt. Die mörderische Einmischung von gezielten Unruhestiftern auf dem Maidan-Platz in Kiew wurde auf der Genfer Konferenz am 17.4.14

vom Außenminister Russlands, Sergej Lawrow zur Sprache gebracht.

Höchste Rücksichtnahme auf Russland vonnöten

Russland verdient höchste Rücksichtnahme seitens jeder deutschen Regierung angesichts der mörderischen Vorgeschichte des Dritten Reichs gegenüber der Sowjetunion. Der Bundespräsident Walter Steinmeier macht darauf völlig zurecht aufmerksam: <Mehr als 20 Millionen Menschen der damaligen Sowjetunion sind dem Krieg zum Opfer gefallen. Das rechtfertigt kein Fehlverhalten in der russischen Politik heute, aber das größere Bild dürfen wir nicht aus dem Blick verlieren.> Das Bundespräsidialamt hätte hier den zweiten Satz präziser formulieren müssen, denn natürlich meint der Bundespräsident, dass diese Geschichte kein Fehlverhalten deutscher Politik gegenüber Russland erlaubt. Versucht die Ukraine die Geschichte zu verfälschen oder sie zu verdrehen? Zu Recht reagierte der Bundespräsident: „Der (ukrainische) Vorwurf stößt im Bundespräsidialamt auf völliges Unverständnis“ („Steinmeier weist Kritik aus der Ukraine zurück“, Rheinische Post 10.2.21)

Reine, rücksichtslose Machtpolitik Berlins, anstatt auf Grundlage von Recht und Respekt vor anderen Ländern

Dass Berlin einen russischen Diplomaten ausweist, gibt den Anschein, die CDU/CSU/SPD-Regierung betreibe reine Machtpolitik und verstehe überhaupt nichts von Recht, und Respekt vor anderen Ländern, denn sie handelt rücksichtslos gegenüber ihnen. Sich revanschistisch zu benehmen, ist niederträchtig und völlig daneben.

Ausweisung von EU-Diplomaten aus Russland gerechtfertigt gemäß der Wiener Konvention und die betroffenen Regierungen: Mahnung an Gesandte oder Disziplinarverfahren?

Als EU-Diplomaten Persona non grata erklärt und vom Kreml ausgewiesen wurden, hätte das deutsche Außenministerium sofort nach dem Grund fragen und klarstellen müssen, ob es tatsächlich stimmt, dass EU-Diplomaten an ungenehmigten Anti-Regierungsdemonstrationen in Moskau teilnahmen. Man sollte sich einmal vorstellen, russische Diplomaten sind zugegen bei Anti-Regierungsdemonstrationen in Berlin! So wie es aussieht, handelt es sich tatsächlich um ein skandalöses undiplomatisches Verhalten eines deutschen und zwei anderer EU-Diplomaten, das die Ausweisung der betroffenen Personen unbestreitbar rechtfertigt gemäß der Wiener Konvention über diplomatische Gepflogenheiten und das Recht der Verträge, unterzeichnet in Wien am 18. April 1961, und in Kraft seit dem 24. April 1964, wonach jeder Diplomat sich nicht in innere Angelegenheiten eines anderen Landes einmischen darf und schon gar nicht in die des Landes, wo er akkreditiert ist, wie es leider EU-Diplomaten unverfroren taten. Hätten Brüssel und die deutsche Regierung darauf mit einer Entschuldigung an den Kreml und mit einer Abmahnung an ihre Gesandten oder ein Disziplinarverfahren angemessen reagiert und sofort einen anderen besser geschulten Diplomaten nach Moskau geschickt, hätte sich die unerfreuliche Angelegenheit zufriedenstellend gelöst. Journalisten sollten an die deutschen Verantwortungsträger die entsprechende Frage richten, weshalb sie sich so unfair, dumm und selbstgerecht verhalten haben. Der auffällige Mangel bei höchsten deutschen Verantwortungsträgern, umsichtig, besonnen und angemessen zu handeln, lässt angesichts der angeblich allgemein hohen Bildung und Kompetenz solchen Personals die Frage aufkommen, ob Deutschland erpressbar ist.

Machtpolitik diskreditiert weltweit jede Regierung, die sich als rechtstaatlich ausgibt. Recht, Gesetze und Verträge sind einzuhalten. Gegen sie zu verstoßen hat eine miese

Vorgeschichte hierzulande, die an die abscheuliche faschistische Praxis von Nazi-Deutschland erinnert, das nur auf reine Macht setzte und keinen Vertrag, kein Recht, kein internationales Gesetz respektierte. Die CDU und die anderen europäischen Christdemokraten unternehmen nichts, um die drohende Gefahr eines Angriffskrieges der US-Regierung gegen Russland, China und den Iran abzuwenden.

Masche von „Menschenrechten“, „Freiheit“ und „Demokratie“ zieht nicht mehr

Keine Regierung ist berechtigt, Aggressionen zu schüren und sich unverfroren in die Angelegenheiten anderer Länder einzumischen. Die Masche von „Menschenrechten“, „Freiheit“ und „Demokratie“ wird schon viel zu lange vom Westen strapaziert, um sich in die inneren Angelegenheiten eines anderen Landes aus eigenen egoistischen Motiven einzumischen und militärisch einzugreifen. Diese Masche zieht nicht mehr. Es ist höchste Zeit, dass die deutsche CDU/CSU/SPD-Regierungspitze diese Realität endlich erkennt. Und vor allem ihre tendenziösen Medien.

Außenpolitik von der unzulässigen Praxis der „Stärke“, „Druck“ und „Sanktionen“ loslösen

Die US- und EU-Regierungen müssen endlich ihre Außenpolitik von der unzulässigen Praxis der „Stärke“, „Druck“ und „Sanktionen“ loslösen. Sanktionen gegen Russland, Syrien, Kuba, Venezuela, Iran und Nordkorea sind aufzuheben. Es gibt keinen Grund, solche krieglerischen Maßnahmen gegen friedliche Regierungen zu diktieren.

Größtes Investitionsprojekt des 21. Jahrhunderts: Chinas Seidenstraßen-Projekt

Andererseits entgegen aller gewohnten westlichen Propaganda-Klischees vollbringt das kommunistische China ein wahres Wunder im Kampf gegen die Armut. Dagegen stehen die sogenannten westlichen Demokratien vor dem wirtschaftlichen Kollaps. Zudem ist Chinas Seidenstraßen-Projekt das größte Investitionsprojekt des 21. Jahrhunderts, an dem sich schon Italien, Tschechien und Österreich beteiligen und außerhalb der EU sehr viele andere Länder. Luz María De Stéfano Zuloaga de Lenkait